



25.08.2022

dena-IMPULSPAPIER

Vorfinanzierung durch die Netzbetreiber, Risikoabsicherung durch den Staat

**Ein Vorschlag für mehr Tempo beim Ausbau
der Wasserstoff-Netzinfrastuktur**

Bei Interesse oder Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)

Andreas Kuhlmann

Chausseestraße 128 a

10115 Berlin

Tel: +49 (0)30 66 777-0

Fax: +49 (0)30 66 777-699

E-Mail: Andreas.Kuhlmann@dena.de

Internet: www.dena.de



1 Hintergrund

Deutschland hat sich dazu verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden und möchte gleichzeitig möglichst schnell unabhängig von russischen Energielieferungen werden. Damit das gelingt, muss Deutschland den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft und der dafür notwendigen Netzinfrastruktur deutlich beschleunigen (s. *dena-Analyse „Wie gelingt der Aufbau der Wasserstoff-Netzinfrastruktur in Deutschland und Europa?“*).

Derzeit erfolgen durch die Fernleitungsnetzbetreiber zwar wichtige vorbereitende Maßnahmen, aber noch keine wesentlichen Investitionen in den Aufbau des Wasserstoffnetzes. Das verzögert den Aufbau unnötig. Hauptproblem ist – neben der noch fehlenden Regulierung auf europäischer Ebene – insbesondere das bestehende Amortisationsrisiko in der Anfangsphase. In diesem Impulspapier wird deshalb ein konkreter Vorschlag vorgelegt, wie sich dieses Amortisationsrisiko deutlich reduzieren lässt.

Kern des Vorschlags ist eine Absicherung der Investitionen in der Anfangsphase durch ein „Amortisationskonto“. Dieses setzt auf eine Verteilung der Risiken und Chancen auf die verschiedenen Akteure und ist gleichzeitig kompatibel zu noch anstehenden Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene. Dadurch entsteht ein verlässlicher Rahmen, auf dessen Basis zeitnah Investitionsentscheidungen getroffen werden können.

2 Zielsetzung

Ein in der gegenwärtigen Situation wirksamer Vorschlag sollte folgende Grundbedingungen erfüllen:

- Beschleunigung des Ausbaus der Wasserstoff-Netzinfrastruktur
- Absicherung der Amortisationsrisiken für die verschiedenen Akteure (Netzbetreiber, Endabnehmer, Staat) sowie faire Verteilung von Chancen und Risiken
- Kompatibilität mit den auf nationaler und europäischer Ebene diskutierten Vorstellungen hinsichtlich Unbundling, Ownership und Regulierung sowie den derzeit im Gespräch befindlichen Positionierungen
- Planung der Wasserstoff-Netzinfrastruktur auf Basis eines mit den Klimaschutzziele kompatiblen Szenario-rahmens.

3 Konkrete Ausgestaltung des Vorschlags

- Bund und Netzbetreiber bekennen sich zum beschleunigten Aufbau eines überregionalen Wasserstoffnetzes auf der Fernleitungsebene in Deutschland. Die Netzbetreiber erhalten den Auftrag, dieses Netz zu errichten – und zwar auf Grundlage ihrer Netzaufbauvorschläge – im Rahmen einer szenariobasierten Planung im Einklang mit den Klimazielen und in Rückkopplung mit der Bundesnetzagentur (BNetzA) – sowohl durch Neubau als auch durch die Umrüstung bestehender Erdgasleitungen.
- Die Wasserstoffnetzbetreiber unterwerfen sich einer allein auf Wasserstoff basierenden Kostenregulierung durch die BNetzA so wie es auch in der EnWG-Änderung vom Juni 2021 bereits vorgesehen ist („Opt-In“).
- Die Netzbetreiber gehen hinsichtlich der Finanzierung mit Eigenmitteln in Vorleistung. Der Staat sichert die Investition ab, indem er den Netzbetreibern langfristig die Rentabilität der Investition zusichert.



- Ab Fertigstellung einer Leitung (z. B. ab 2026) können Netzbetreiber entsprechende (Wasserstoff-)Netzentgelte erheben. Um das Netzentgelt für die sehr wenigen ersten Kunden wirtschaftlich attraktiv zu gestalten, wird es zunächst gedeckelt. Die konkrete Höhe des Netzentgelts wird durch die BNetzA geprüft und bestätigt. Die H₂-Endabnehmer zahlen in jedem Fall ein höheres Netzentgelt als bei einer Querfinanzierung über die Erdgas-Regulierung, in keinem Fall aber eines, das quasi prohibitiv für deren zukünftigen Geschäftsmodelle ist (z. B. Faktor zwei des gegenwärtigen Erdgas-Netzentgelts).
- Das eingesammelte, gedeckelte Netzentgelt wird zunächst von einer kleinen Zahl angeschlossener Kunden bezahlt. So ergibt sich in der Summe zunächst kein auskömmliches H₂-Netzentgelt, das die Kosten der Netzbetreiber (Betriebskosten, Verzinsung, Abschreibungen der Investitionen) ausreichend decken könnte.
- Da die Kombination von dem rechnerischen Anspruch des Netzbetreibers und der erforderlichen Deckelung des Netzentgelts in der Hochlaufphase eine Finanzierungslücke ergibt, wird ein Amortisationskonto erstellt, von dem die Kosten für den Aufbau abgehen und auf das die Netzentgelte eingezahlt werden. Dadurch entsteht in der Hochlaufphase eine finanzielle Lücke und auf dem Konto ein entsprechendes Defizit.
- Die finanzielle Lücke fängt zunächst der Netzbetreiber auf. Diese Lücke hält er auf diesem Amortisationskonto fest, welches über die folgenden Jahre fortgeschrieben und verzinst wird.
- Der Staat sichert die Amortisation der Leitungen für den Fall ab, dass der Wasserstoffhochlauf verzögert erfolgt und so die Rentabilität gefährdet ist. Dazu kann der Staat im Zeitablauf Mittel zu einem Stichjahr (z. B. 2035) aufbauen, die für den Ausgleich der Amortisationslücken genutzt werden können (z. B. über einen Fonds) und so die Rentabilität ggfls. sicherstellen. Wichtig ist, dass die vereinbarte Amortisationsregelung im Bundeshaushalt abgesichert ist, damit für die erforderlichen Investitionen auch die entsprechende Sicherheit besteht. In 2045, also nach Ablauf der Abschreibungsdauer, werden Mehr- oder Mindererlöse abschließend verrechnet. Die Prüfung der Rentabilität und Abwicklung des Prozesses erfolgt durch die BNetzA.
- Damit hat der Netzbetreiber die Garantie, dass sich sein Investment amortisiert und somit eine belastbare Basis für eine positive Investitionsentscheidung. Für Produzenten bzw. Importeure und Verbraucher von Wasserstoff ist die Frage des Transports gelöst. Gleichzeitig wird zur Wahrung des Chancen-Risiko-Verhältnisses sichergestellt, dass die Netzbetreiber nur ihr „Kostenpaket“ und nicht noch zusätzliche Gewinne vereinnahmen.
- Die Netzbetreiber können mit der Umstellung bzw. dem Bau von Leitungen zeitnah beginnen und dafür die politische Absicherung (ggfls. aus dem von der Bundesregierung aufzubauenden Fonds) in Anspruch nehmen. Für einzelne Leitungen oder Leitungssysteme schließen sie dazu mit dem Staat einen (öffentlich-rechtlichen) Vertrag ab, in dem die Modalitäten für die Absicherung des Amortisationsrisikos festgelegt werden.
- Dieses Konzept der Amortisationsabsicherung ist für die Anschubphase einer Wasserstoffinfrastruktur vorgesehen. Demzufolge bezieht es sich nur auf Leitungen mit einer geplanten Inbetriebnahme zum Beispiel in den nächsten zehn Jahren. Es kann davon ausgegangen werden, dass ab 2035 eine ausreichend große Zahl von Netznutzern vorhanden ist, um ein reguliertes Wasserstoff-Leitungssystem über die Refinanzierung mit Netzentgelten aus sich heraus zu stützen.